

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	362
		TOP:	14
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	06.10.2020		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Dr. Oediger (ASW)		
Protokollführung:	Herr Haupt / de		
Betreff:	Stadtentwicklungskonzept Stuttgart 2035+ - mündlicher Bericht -		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei- anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokolle exemplar für die Hauptaktei ist sie in Papier- form angehängt.

Herr Dr. Oediger (ASW) erläutert, in einem Antrag sei die Verwaltung angefragt worden, wie die Einleitung der Weiterführung des Stadtentwicklungskonzepts Stuttgart 35+ (STEK) im Detail vorgesehen sei. Der STA habe in der Vergangenheit deutlich formu- liert, es gehe nicht lediglich um ein Produkt, sondern um einen Prozess. Das STEK müsse verräumen, eine stadregionale Denkweise beinhalten und interkommunal abgestimmt sein. Ein wissenschaftlicher Beirat sei notwendig und die Initiative "Stadt- entwicklungsdialog" müsse miteinbezogen werden. Anlass für die Fortschreibung des vorhandenen STEK seien die erheblich veränderten Herausforderungen. Beispielsweise habe das bisherige STEK die Annahme beinhaltet, die Anzahl der Stadtbevölkerung reduziere sich im Zeitraum von 2006 bis 2020 um 30.000 Personen. Stattdessen habe die Bevölkerung um 50.000 Menschen zugenommen. In der Folge berichtet Herr Dr. Oediger im Sinne der angehängten Präsentation.

StRin Schiener (90/GRÜNE) betont, die Ausführungen zum STEK Stuttgart 35+ seien in der Sitzung des Städtebauausschusses in der letzten Woche von Fachleuten sehr ge- lobt worden. Ihre Fraktion habe die Bereitstellung finanzieller Mittel im Doppelhaushalt 2020/2021 für die Fortschreibung des STEK Stuttgart 2035+ beschlossen, um Antwor-

ten auf den veränderten Wandel in der Stadtgesellschaft zu finden. Seit dem STEK aus dem Jahr 2006 habe es große Veränderungen gegeben. So habe seit diesem Zeitraum die Stadtbevölkerung wie von Herrn Dr. Oediger dargestellt um insgesamt 80.000 Einwohnern*innen zugenommen. Zusätzliche Erkenntnisse hätten sich durch den Klimawandel, die Coronapandemie und durch die Möglichkeit von Home-Office ergeben. Zudem sei die Internationale Bauausstellung (IBA) für das Jahr 2027 vorgesehen und bringe weitere Innovationen. Diese Aspekte müssten nun zusammengefasst werden. Ebenso müsste die vor rund zwei Jahren beschlossene "Lebenswerte Innenstadt" mit attraktiveren Fuß- und Radwegen in das STEK einfließen. Im Rahmen der von Herrn Dr. Oediger angesprochenen Klausur mit einem zweistündigen Erfahrungsaustausch sei vorgesehen, dass vier Städte über ihre Erfahrungen berichten würden. Die Einwohnerzahlen seien allerdings nicht auf die LHS übertragbar, da u.a. München und Köln Millionenstädte seien und sich die Topographie der vier Städte von Stuttgart unterscheide. Nur wenig können sie sich von dem im zweiten Teil der Klausurtagung vorgesehenen "World-Café" vorstellen. Auf ihre Frage, wie sich der Gemeinderat auf die in rund vier Wochen stattfindende Klausurtagung vorbereiten könne, kündigt Herr Dr. Oediger an, bereits mit der Einladung würden entsprechende Leitfragen mitverschickt. Auf diese Fragen wünsche sich die Verwaltung Antworten von den Stadträten und Stadträtinnen.

Eine Formulierung in der Präsentation von Herrn Dr. Oediger habe ihn irritiert, so StR Dr. Vetter (CDU). Dies beziehe sich auf das Zusammenbringen existierender Planwerke als Grundlage des STEK, was eine Mammutaufgabe zum Ausdruck bringe. Gerade der Sachverhalt, welche Stellen welche Aufgaben in der LHS bearbeite, sei bislang sehr wenig beachtet worden. Dieses stelle einen sehr guten Ansatz dar und sei der Grund, dass keine Zeitschiene für die letzte Finalisierung aufgeführt worden sei. Der Stadtrat hoffe, dies ist nicht erst im Jahr 2035 der Fall. Der Gemeinderat und die Stadtverwaltung seien in früheren Klausursitzungen von einer Vision 2040 ausgegangen. Auf seine Frage, ob das STEK diesen ursprünglichen Visionsprozess ablöse oder parallel dazu verlaufe, antwortet Herr Dr. Kron (ASW), beide Prozesse nicht parallel laufen zu lassen, sondern die Ergebnisse des Visionsprozesses in das STEK einzuspielen. Ansonsten trete der Fall ein, dass sowohl auf politischer Ebene als auch auf Verwaltungsebene die gleichen Themen und Zielsetzungen verfolgt würden. Das neue STEK stelle eine Weiterführung der bisherigen Stadtentwicklungsplanung dar, da wesentliche Aspekte künftig an Bedeutung gewinnen würden. Projekte wie Rosenstein oder Stadt am Fluss verfolgten weiterhin die Ziele des bestehenden STEK. Es sei notwendig, sich mit neuen Themen zu beschäftigen, die damals noch nicht Inhalt des Planungskonzepts waren. Dies seien beispielsweise Fragen zur klimatischen Situation und zur Ergreifung entsprechender Maßnahmen im Rahmen der Strategie der LHS. Dabei solle nicht lediglich reagiert, sondern vielmehr vorausschauend geplant werden. Dies beziehe sich ebenso auf das Bevölkerungswachstum. Hier könne aufgrund von Homeoffice der Fall eintreten, dass die Menschen im Umland arbeiten und nicht in die Stadt pendeln würden. Zudem laufe in der Wirtschaft ein Strukturwandel ab: Während die Unternehmer in der Vergangenheit in großem Maß expandiert seien, zeichne sich in der Zukunft ein Wandel ab. Auch in diesem Bereich müsse die LHS mit entsprechenden Konzepten reagieren. Die Oberziele des früheren Konzepts sollten in das STEK eingespielt werden, wodurch man ein Gesamtkonzept mit einem gemeinsamen Ziel erhalte. Es sei nicht nötig immer wieder von Beginn neu anzufangen. Das Konzept sollte kontinuierlich fortgeschrieben und nicht statisch beibehalten werden.

Herr Dr. Oediger habe erwähnt, so StR Dr. Vetter, im Doppelhaushalt seien mehrere Anträge zum STEK gestellt worden (z.B. Masterplan urbane Räume, Grün- und Freiflächenkonzepte, Gewässer und Bachläufe). Der Stadtrat erkundigt sich, welche Bereiche hiervon mit dem STEK im Haushalt bereits abgedeckt seien und welche Maßnahmen nicht im STEK integriert seien. Angesichts der ersten Entwicklungsphase erinnert er an eine Aussage im Städtebauausschuss, in das STEK durchaus auch Tabuthemen wie beispielsweise den Aspekt grüner Wiesen einbringen zu können. Er freue sich auf die geplante Klausursitzung und sei darauf gespannt, die Ideen anderer Städte kennenzulernen und diese Ansätze gegebenenfalls in der LHS zu adaptieren.

Auch StR Rockenbauch (Fraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) lobt den seiner Auffassung nach mittlerweile gereiften Prozess des STEK. Die Erkenntnis sei wichtig, dass es sich nicht lediglich um ein Produkt handle, sondern um einen breit aufgestellten Prozess. Aus Plänen werde erst dann Realität, wenn nach einer Auslandsphase eine Mehrheit hinter dem Projekt stehe. In dem gesamten Prozess sollten nicht nur Berichte im STA, sondern ebenso im Gemeinderat abgegeben werden. Falls der hohe Anspruch einer ressortübergreifenden Bearbeitung in der Verwaltung verfolgt werde, müssten kontinuierlich Zwischenberichte und Bekenntnisse über den Prozess im Gesamtgemeinderat erfolgen. Daraus ergebe sich, dass Aspekte der Schul- und Bildungspolitik bis hin zur Wirtschaftspolitik ressortübergreifend strategisch zu lösen seien. Daher müsse ein Konzept nicht nur die Bürgerdialoge, sondern zusätzlich Kopplungen mit den Entscheidungsgremien des Gemeinderats vorsehen. Positiv bewertet der Stadtrat die Einrichtung der Personalstrukturen (Projekt- und Steuerungsgruppe, wissenschaftlicher Beirat sowie Lenkungsgruppe), da die Lernfähigkeit des Gesamtprozesses hiervon wesentlich abhängen. Die Organisation und die Zusammenarbeit dieser Gruppen müsse mit den Entscheidungen des Gemeinderats verknüpft werden. Hinsichtlich des von Herrn Dr. Oediger erwähnten Workshops mit dem Amt für Stadtplanung und Wohnen sowie eines ressortübergreifenden Workshops schlägt StR Rockenbauch in der dieser ersten Phase die Einbringung der strategischen Planungen aller Ressorts vor. Dieses könne durch mehrere interdisziplinäre Teams erfolgen, die nicht nur die städtebaulichen Planungswerkzeuge betrachteten. So könnten alle Ressorts der gesamten Stadtverwaltung gemeinsam mit dem Gemeinderat an den entsprechenden Fragestellungen mitarbeiten, um das STEK zu stärken sowie eine Verbindlichkeit entstehen zu lassen. Auf diese Weise könne nicht das Problem entstehen, dass der STA positive Maßnahmen initiiere, die andere Ämter und Abteilungen der Stadtverwaltung nicht unterstützten.

StRin Kletzin (SPD) betont, die einmalige Evaluierung und die Fortschreibung eines neuen Prozesses habe eines langen Kampfes bedurft. Die Präsentation habe einen inhaltlich klar durchstrukturierten Prozess aufgezeigt, wobei sich für die Stadträtin die Frage der Rückkopplung stelle. Im Städtebauausschuss sei angemahnt worden, der Gemeinderat solle eine eigene Auffassung zum STEK vertreten, was StRin Kletzin begrüßt. StR Dr. Vetter habe richtigerweise den ursprünglichen Visionsprozess angesprochen, auf dessen Inhalte zurückgegriffen werden könne. Für die Stadträtin ist die Art und Weise der Kommunikation besonders hinsichtlich des Zusammenführens mehrerer aktueller Wettbewerbe wichtig. Als negatives Beispiel führt sie die Kommunikation über die Neugestaltung der B14 an, die überwiegend ohne die Öffentlichkeit stattgefunden habe. Die Verwaltung und der Gemeinderat benötigten als Planungsabteilung ebenso ein Konzept für die Kommunikation. Die Planungsunterlagen über sollten nicht nur an realen Orten, sondern auch digital angeboten werden. Dabei stelle sich die Frage, auf welche Weise alle Interessierten darauf zugreifen könnten. Den Zugang zum Programm

"Stadt von übermorgen" bezeichnet die Stadträtin als positiv und schlägt vor, die hierbei angewandten technischen Methoden auf das STEK zu übertragen. Sie drückt den Wunsch nach der Möglichkeit einer effektiven Kommunikation mit der Stadtgesellschaft aus, da dieses einen wesentlich wichtigen Aspekt darstelle. Bislang sei diese Kommunikation über das STEK nicht in dieser Weise praktiziert worden. Herr Dr. Oediger betont, es liege bereits ein Kommunikationskonzept über die Art und Weise der Öffentlichkeitsarbeit vor. Ebenso würden die Orte, an denen eine Bürgerbeteiligung stattfinden, anregend und inspirierend sein. Daher werde die Klausurtagung des Gemeinrats nicht im Rathaus, sondern im württembergischen Kunstverein stattfinden.

Die konzeptionell klare Projektplanung wird von StR Goller (AfD) positiv hervorgehoben, da es sich nicht um einen kurzen Prozess, sondern um eine Entwicklung von langer Zeitdauer handle. Auf Verwunderung des Stadtrats stößt der Begriff "Phase -1", die seiner Auffassung nach geeigneter als "Phase 1" oder "Präphase" bezeichnet werde soll. In der Präsentation seien die Ergebnisse jeder Phase aufgeführt worden. Diese sollten konkreter dokumentiert sein, bis am Ende des STEK ein Gesamtdokument erstellt sei. Die Überprüfungen müssten anhand der Erwartungen definiert werden. Die wichtigste Phase stelle die erste Phase dar, wobei keine Phase alternativlos sein solle. Zudem solle die Möglichkeit einer erneuten Überarbeitung einer Phase möglich sein. Die Zusammensetzung der Gremien insbesondere der Lenkungsgruppe und des wissenschaftlichen Beirats sei sehr wichtig. Die Interessensvertretung müsse von Beginn an so breit wie möglich gestaltet werden. Dies betreffe bereits den Zeitpunkt nach der ersten Evaluierung und dem Erfahrungsaustausch. Dabei dürfe nicht wie beim Projekt Stuttgart 21 passieren, dass große Teile der Stadtbevölkerung nicht mitgenommen würden. Neben der Projekt-/Steuerungsgruppe, dem wissenschaftlichen Beirat und der Lenkungsgruppe solle eine virtuelle Gruppe die Stadtbevölkerung repräsentieren. Am Ende jeder Phase solle eine Bürgerbeteiligung durch eine Umfrage oder eine Abstimmung durchgeführt werden. Hinsichtlich der auf Folie 16 dargestellten Veränderungsprozesse sei es nicht angemessen den Klimawandel bei der Stadtplanung an erster Stelle und den Verkehr nicht aufzuführen. Die Prämissen dürften nicht zum Dogma werden, um die Ziele vorzubestimmen. Insgesamt bedürfe es einer unpolitischen Ergebnisoffenheit. Herr Dr. Oediger bestätigt die Ausführungen des Stadtrats, es seien Rückkopplungsschleifen und konkrete Dokumente nach den Phasen vorgesehen. Alle für den Gemeinderat wichtigen Themen würden im STEK behandelt und würden nicht vorher gefiltert.

StR Urbat (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) gibt zu bedenken, bei solcherlei komplexen Stadtplanungsprozessen wie dem STEK bestehe die Schwierigkeit, den Ablauf des Klimawandels vorhersagen zu können. Dies liege an der Unklarheit, wie sich die Menschheit in den nächsten Jahrzehnten verhalten werde. Abhängig von verschiedenen Szenarien müsse ein Anpassungsbereich für die Stadtentwicklung festgelegt werden. An extreme Klimaveränderungen könne man sich aus finanziellen Gründen nicht anpassen. StR Goller entgegnet, es sei skurril, wenn beim Thema STEK minutenlang über das Thema Klimawandel diskutiert werde. Die 600.000 Einwohnern*innen der LHS stellten lediglich 0,007 Prozent der Weltbevölkerung mit sinkender Tendenz dar. Bei der Ergreifung von Maßnahmen gegen den Klimawandel sollten besser mehrere Milliarden Euro des Stadtbudgets für die Errichtung moderner effizienter Kohlekraftwerke in Afrika verwendet werden. Auf Jahrzehnte hinaus würde die CO₂-Einsparung wesentlich größer ausfallen als bei einer im Promillebereich stattfindenden Stadtplanung. An die Fraktion 90/GRÜNE appelliert der Stadtrat zu prüfen, welche

Maßnahmen in Relation zu den eingesetzten finanziellen Mitteln die größte CO₂-Einsparung erzielen würden.

StR Kotz (CDU) gibt zu bedenken, es sei problematisch, den Visionsprozess einfach mit dem STEK zu verschmelzen. In den Haushaltsberatungen sei intensiv diskutiert worden, die unterschiedlichen Ansätze zu vereinen. Falls mit dem STEK die Abdeckung des Visionsprozesses geplant sei, sei dies nicht optimal. Hinsichtlich der Begrifflichkeit beinhalte die Bezeichnung STEK einen stark baulichen Hintergrund und stelle einen zu engen Rahmen dar. Beim Thema Vision sehe er dagegen viele weitere Aspekte (Soziales, Wirtschaft, Infrastruktur usw.). Ebenso stelle sich bei einer Vision die Frage, ob die Stadt einen Dienstleistungs- oder einen Industriestandort darstellen solle. Die Entscheidung hierüber habe Auswirkungen auf den Städtebau und die Flächenvorhaltung. Die Fortschreibung des STEK lediglich mit einem neuen Datum zu versehen, sei weniger substanziell als in den Haushaltsberatungen beschlossen. Er stimmt der Auffassung von StR Rockenbauch zur Einbindung des gesamten Gemeinderats in den Entwicklungsprozess zu. Allerdings stelle die von der Verwaltung aufgezeigte Klausurtagung mit dem STA den einzigen gemeinsamen Punkt mit dem Gemeinderat dar. Die hierzu vorgenommene detaillierte Schwerpunktsetzung zementiere bereits die Denkweise der Verwaltung über dieses Thema. Für die Entwicklung wesentlich wichtiger Leitlinien und Ideen für die LHS sei ein Workshop in einem Zeitraum zwischen lediglich 14.00 und 20:00 Uhr nicht geeignet. Für die Stadträte und Stadträtinnen sei es nicht zumutbar, in diesem zeitlichen und räumlichen Rahmen die Entwicklungsperspektiven zu behandeln. Der Start des STEK sei vielmehr beim Gemeinderat zu sehen und nicht im STA. Er schlägt vor, das Thema im Ältestenrat aufzurufen. Der von der Verwaltung vorgestellte Entwicklungsprozess sei sehr beengt und stelle nicht das Ergebnis des mit hohen finanziellen Mitteln gefassten Gemeinderatsbeschlusses in den Haushaltsberatungen dar. StR Rockenbauch stimmt den Ausführung zu, die aufgeführte Begrifflichkeit dürfe keinen endgültigen Bestand haben, sondern bedürfe einer räumlichen Komponente. Daher sei die Verknüpfung mit dem STEK sehr wichtig. Der Begriff STEK könne im Verlauf des Prozesses geändert werden. Ebenso solle eine Einbindung des Gemeinderates in die Verwaltung stattfinden und die Rolle des zukünftigen Oberbürgermeisters/der zukünftigen Oberbürgermeisterin geprüft werden.

Die vorherigen Statements der Stadträte und Stadträtinnen, so Herr Dr. Oediger, seien von hoher Qualität gewesen. StR Kotz habe ausgesagt, es bestehe der Anschein, die Verwaltung habe beim STEK zu klein gedacht. Falls dieser Eindruck entstanden sei, habe er sich falsch artikuliert, betont Herr Dr. Oediger. Aufgrund der Mittelbereitstellung in den Haushaltsberatungen habe der Gemeinderat den hohen Anspruch an das STEK gezeigt, was die Verwaltung erkannt habe. Der Begriff Evaluierung sei möglicherweise missverständlich. Die Ausführungen der Stadträte und Stadträtinnen zum Aspekt der Begrifflichkeit würden in der Evaluierung geklärt. Die Frage, welche Ausrichtung dieses Werk am Ende besitze, werde der Begriff bestimmen. Hinsichtlich der Besetzung und Aufgaben der Gremien wolle man einen Querschnitt abbilden und es könne nicht immer ein sauberer Schnitt zwischen Gemeinderat, Verwaltung, Fachöffentlichkeit und Stadtgesellschaft usw. abgebildet werden. In welcher Art und Weise dieses geschehen solle, sei ebenso Aufgabe der Evaluierung. Der Stellenwert der räumlichen und der thematischen Ebene in diesem Prozess, erfahre eine Gleichbehandlung durch die Stadtentwicklungsplaner. Hierbei würden zunächst alle Sektoren betrachtet und der Gemeinderat entscheide letztendlich mit dem gesamten Beteiligtenkreis, welche Ausrichtung erfolgen solle. Die heutige Behandlung des STEK im STA stelle lediglich einen ersten Aufschlag dar. Die Evaluierung werde etwa 6 bis 9 Monate andauern. Herr Dr. Oediger

hält es hinsichtlich des Stellenwerts des Gemeinrats für adäquat, wie vorgeschlagen eine ausgedehnte Klausursitzung Anfang nächsten Jahres durchzuführen. In dieser solle mit dem gesamten Gemeinderat diskutiert werden, welche Strukturen, Inhalte und welches Profil das Produkt des STEK beinhalten solle. Mit dieser Einbeziehung werde dem gemeinsamen Anspruch Rechnung getragen. Hinsichtlich der Zeitschiene sei vorgesehen, die Evaluierung etwa bis Sommer nächsten Jahres abzuschließen und für die eigentliche Fortschreibung rund zwei Jahre anzusetzen. Der Prozess dürfe weder zu lange noch zu kurz andauern.

StR Kotz führt zum Begriff "SEK Stuttgart 35+" aus, es sei eine Wunschvorstellung, erst nach dessen Entwicklungsprozesses eine andere Bezeichnung zu verwenden. Dies habe das Beispiel Charlottenplatz gezeigt, bei dem Begriff "Deckel" verwendet und auch später beibehalten worden sei. Daher müsse der gesamte Prozess entweder von Anfang an eine zutreffende Bezeichnung erhalten, der allerdings nicht "SEK Stuttgart 35+" genannt werden dürfe, oder einen Platzhalterbegriff. Ebenso wie die Bezeichnungen in anderen Städten habe das Referat AKR bereits früher beispielhafte Begriffe für die Visionsprozesse erarbeitet. Der Gemeinderat müsse zunächst diese Beispiele bezüglich Breite, Konkretisierung, Zeitdauer und Kosten mit den zuständigen Referenten in anderen Städten diskutieren. Aus diesen Erfahrungen könne der Gemeinderat einen eigenen Rahmen für den zukünftigen Prozess erstellen. Es sei problematisch, diese Aspekte im STA zu diskutieren, da in diesem die Stadträte und Stadträtinnen in der Minderheit seien und Architekten über einen eigenen Blick auf den Bereich Städtebau verfügten. Die Sitzung eigne sich daher nicht als Auftakt für diesen Prozess, da sich zunächst der gesamte Gemeinderat mit dieser Thematik beschäftigen müsse. Dieses könne beispielsweise Anfang nächsten Jahres an einem oder mehreren Tagen durchgeführt werden. Erst danach solle der STA über diese Materie über die räumliche und flächige Ausgestaltung beraten.

Die Nichtbeteiligung des Gemeinderats in der kommenden ersten Phase des Entwicklungsprozesses, stellt für StR Goller weniger ein Problem dar, da die Stadträte und Stadträtinnen zum Zeitpunkt von Entscheidungen eher von einer bereits fachlich erstellten Basis profitierten. Die Denkweise müsse in der Art erfolgen, dass keine endgültigen Ergebnisse präsentiert würden, sondern Fakten und Optionen zur Weiterbearbeitung. Der Gemeinderat müsse hierbei eine zentrale bestimmende Rolle im Lenkungsausschuss spielen. StR Goller geht davon aus, dass die Stadtgesellschaft an dem Entwicklungsprozess von Beginn an über Abstimmungen beteiligt wird. Er bestätigt StR Kotz in seiner Auffassung, wenn erst einmal ein Begriff für den Prozess verwendet wird, werde dieser weiter Anwendung finden. Die aufgeführte Jahreszahl 2035 bezeichnet er als problematisch. Auf alle Fälle müsse eine Spaltung der Stadtbevölkerung wie beim Thema Stuttgart 21 verhindert werden.

Herr Dr. Kron schlägt eine intensive Einbringung des Gemeinderats in den Entwicklungsprozess vor. Die Klausurtagung des STA stelle die Antwort auf ein früheres von der Architektenkammer initiiertes Programm dar. Der Prozess sei nicht statisch vorgegeben, sondern es gehe darum, hierzu gemeinsam Ideen zu erarbeiten. Falls vom Gemeinderat eine entsprechende Initiative mit dem Vorschlag verschiedener Themen gewünscht werde, sei dies begrüßenswert. So könne der Gemeinderat Anfang nächsten Jahres ebenso eine Klausurtagung durchführen, die vom Referat AKR gesteuert werde. Die Ergebnisse dieses Prozesses sollten im STEK weitergeführt werden.

Die Verwaltung werde dieses Anliegen mitnehmen, so BM Dr. Schairer. Er habe bereits den zuständigen Bürgermeister per WhatsApp über die aktuelle Diskussion informiert. Daraufhin schlägt StR Kotz vor, das Thema im Ältestenrat am 08. Oktober zu behandeln, was auf Zustimmung von BM Dr. Schairer trifft. StR Rockenbauch teilt die Auffassung von StR Kotz, der Gemeinderat müsse von Beginn an Mitträger des Prozesses sein. Er schlägt vor, die Ergebnisse der bereits geplanten Klausurtagung abzuwarten und daraufhin eine eigene Klausurtagung durchzuführen. Er sieht es allerdings als nicht notwendig an, das Hauptorgan Gemeinderat vor der Fachausschusssitzung am Thema zu beteiligen.

Da keine weiteren Wortmeldungen bestehen stellt BM Dr. Schairer fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik hat vom Bericht Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Haupt / de

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. Stadtkämmerei (2)
 3. Rechnungsprüfungsamt
 4. L/OB-K
 5. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS